

Jugendparlament bekommt Geschäftsordnung

Wahl soll im November und Dezember stattfinden – neues Gremium startet im Januar 2022

Von Ralf Schäfer

FRIEDRICHSHAFEN - Der Gemeinderat hatte die Aufgabe, eine Geschäftsordnung für das im November/Dezember neu zuwählende Jugendparlament zu verabschieden. Nicht öffentlich hatten dazu bereits der Kultur- und Sozialausschuss des Gemeinderates sowie der Finanz- und Verwaltungsausschuss beraten, waren aber zu keiner Beschlussempfehlung gekommen. Kritik war zu einigen Punkten laut geworden.

Ein kritischer Punkt war vor allem die Frage, ob die Jugendlichen, die wählen dürfen, in Friedrichshafen wohnen müssen oder auch hier nur ihren Lebensmittelpunkt haben können. Die Grünen hatten beantragt, den Lebensmittelpunkt gelten zu lassen, weil damit auch junge Erwachsene, die nicht in Friedrichshafen wohnen, sondern dort zur Schule gehen oder ihren Ausbildungsplatz haben, aktiv werden dürften. „Das Jugendparlament ist kein analoges Gremium zum Gemeinderat. Demokratiebildung sollte nicht lokal wirken. Wir sollten viele Menschen, die darauf Lust haben, auch

daran teilnehmen lassen. Wählbar müssen die sein, die hier wohnen und oder ihren Lebensmittelpunkt haben“, meinte Christine Heimpel (Grüne).

Achim Brotzer (CDU) ergänzte zum Thema „Teilnahme an nicht öf-

fentlichen Sitzungen“, dass das bislang auch so praktiziert worden sei. Jetzt sei auch die Klarstellung wichtig, dass nur ab 16-Jährige daran teilnehmen könnten, da man erst dann schweigeverpflichtet werden könne. Matthias Eckmann (SPD/Linke)

meinte, „es wäre schön, uns nicht mit anderen Städten zu vergleichen und nur so viel zu machen, wie die auch machen, sondern es auch mal vorzumachen, wie es gehen kann“. Die Geschäftsordnung sollte mit den Jugendlichen diskutiert werden.

Wenn die Geschäftsordnung so beschlossen worden wäre, wie sie von der Stadtverwaltung vorgelegt wurde, „dann hätte ich nie Mitglied des Jugendbeirates werden können. Das wäre dann auch eher ein Schülerparlament“, sagte Sander Frank (SPD/Linke). Er beantragte, das Höchstalter von 20 auf 21 Jahre herauf zu setzen und die Schwellen für die Teilnahme so niedrig wie möglich zu halten. Auch unterjährig sollten Freiwillige eintreten können. Während die geänderte Geschäftsordnung einstimmig angenommen wurde, lehnte die Mehrheit des Rates aus CDU, FDP, Freien Wählern und ÖDP den Antrag von Sander Frank ab.

Gewählt werden soll im November/Dezember, damit das Gremium ab Januar 2022 die Arbeit aufnehmen könne, teilte die Stadtverwaltung mit.



Ein neues Jugendparlament soll im November/Dezember gewählt werden und damit das bisherige (Bild) ablösen, dessen Amtszeit nach zwei Jahren beendet ist.

FOTO: STADT